**PRESSEMITTEILUNG: ++Prekäre Finanzierung der Jugendmigrationsdienste: Grüne fordern dauerhafte und gute Finanzierung ++**

Die Jugendmigrationsdienste der Arche gGmbH leisten in Feuchtwangen und in Stadt und Landkreis Ansbach seit Jahren großartige Arbeit. Zahlreichen jungen Menschen mit Migrationsgeschichte konnte in den vergangenen Jahren beim Start in das berufliche Leben erfolgreich unter die Arme gegriffen werden.

Dieses Unterstützungsangebot droht durch massive Finanzierungslücken und kurzfristige Projektlaufzeiten zu kollabieren. In einem gemeinsamen Austausch von Sascha Müller, MdB und Martin Stümpfig, MdL mit Vertretern der Arche gGmbH bzw. dem Jugendmigrationsdienst (JMD) in den schönen Räumlichkeiten der Arche gGmbH in Feuchtwangen am 23.10.2026 wurde die prekäre Lage der Beratungsstellen deutlich. Während der Bedarf an professioneller Unterstützung steigt, führen Kürzungen bei Sachmitteln und ausbleibende Unterstützung durch Kommunen dazu, dass essenzielle Angebote u.a. in Stadt und im Landkreis Ansbach gefährdet sind.

Die Situation vor Ort ist kritisch. „Finanziell ist der Bereich extrem gefährdet“, erklärt Andreas Müßig, Geschäftsführer der Arche gGmbH. „Wir kämpfen eigentlich nur noch um Projekte. Eine gute finanzielle Ausstattung wäre dringend nötig, auch als gesellschaftliche Antwort gegen rechts.“ Die strukturellen Mängel zeigen sich besonders in der Beratungspraxis: Laura Gudd vom Jugendmigrationsdienst in Feuchtwangen befürchtet, dass Kürzungen in der Flüchtlings-, Integrations- und Migrationsberatung für Erwachsene die ohnehin knappen Ressourcen des Jugendmigrationsdienstes zusätzlich belasten. Bürokratische Hürden und ein restriktiv ausgelegtes Ausländerrecht erschweren zudem den Zugang zu Arbeit und Ausbildung sowie die Beratungsarbeit. Besonders problematisch seien zudem bürokratische Hürden wie die Verteilung von Grenzübertrittsbescheinigungen statt Duldungen, was zudem die Voraufenthaltszeiten der Betroffenen unterbreche und katastrophale Auswirkungen auf die jeweiligen Bleibeperspektiven habe.

Die Politik wird aufgefordert, die Finanzierungslogik grundlegend zu ändern. Sascha Müller, MdB, kritisiert, dass notwendige Mittel oft zusammengestrichen werden oder Aufgaben ohne zusätzliche Ressourcen auf bestehende Dienste wie den JMD übertragen werden. Zwar seien bisher im Haushaltsentwurf 2027 mit knapp 66 Millionen Euro für die Jugendmigrationsdienste ebenso viele Mittel vorgesehen wie im laufenden Jahr, gleichzeitig soll die Bildungsberatung Garantiefonds Hochschule (GF-H) auf null gesetzt werden und die Aufgaben auf die JMD verlagert werden - ohne dass das dann finanziell unterfüttert wird. Die Grünen setzten sich dafür ein, dass beide Strukturen erhalten und vernünftig ausfinanziert werden, bis hier ein tragfähiges Gesamtkonzept erstellt wurde. Zudem fordert die Grüne Bundestagsfraktion, die Mittel für die Migrationsberatung insgesamt deutlich aufzustocken.

„Jugendmigration ist ein Infrastrukturthema“, betont Müller. „Wenn diese Strukturen einmal weg sind, kann man sie nicht einfach wieder aufbauen.“ Gefordert wird mit dem Träger ein Wechsel weg von der kurzfristigen Projektierung hin zu einer dauerhaften institutionellen Absicherung sowie eine Finanzierung der Stellen nach TVÖD.

Auch auf Landesebene ist dringender Handlungsbedarf. Martin Stümpfig, MdL: „Die Sicherung der flächendeckenden Versorgung in den Landkreisen ist dringend notwendig. Die aktuelle Praxis, bei denen vakante Stellen teilweise monatelang nicht nachbesetzt werden dürfen, gefährdet die Erreichbarkeit der Dienste in einem Flächenlandkreis.“ Die Forderung ist klar: Eine stabile Finanzierung von Personal und Sachmitteln, um junge Menschen unabhängig von ihrer Aufenthaltsdauer und über das 27. Lebensjahr hinaus professionell begleiten zu können.